

Bezahlbarer Wohnraum in Hohen Neuendorf – nix passiert bisher!

Mit großem Tamtam wurde die erste gemeinsame Wohnungsbaugesellschaft vom Landkreis angekündigt. Eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit Hohen Neuendorf wurde im Mai vom Kreistag beschlossen, noch in diesem Jahr sollte die Gesellschaft als GmbH gegründet werden. Vorgegangen war ein Kreistagsbeschluss, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und dafür 10 Millionen Euro bereitzustellen.

Das Angebot war auch für die Stadt Hohen Neuendorf verlockend. Der Landkreis hat das Know-how und geeignete Grundstücke. Die Stadt hätte sich entsprechend finanziell beteiligen sollen und wäre nach einer ersten Kostenschätzung mit Fördermitteln und Mieteinnahmen mit plus minus null dabei gewesen. Das erste Projekt sollte auf dem

Gelände des alten Krankenhauses an der Schillerpromenade entstehen. Jetzt sind die Verhandlungen dazu jedoch gescheitert. Landkreis und Stadtverwaltung wurden sich nicht einig. Details wurden bisher nicht bekannt. Das Grundstück soll jetzt meistbietend verkauft werden.

Wir wollen kommunalen Wohnungsbau in Hohen Neuendorf, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dafür liegen Fördermittel bereit, die Stadt hat geeignete Grundstücke (zum Beispiel Flächen am Wildbergplatz, gegenüber von Kaufland) und es gibt einen Beschluss der Stadtverordneten. Damit können, ohne Zuschüsse der Stadt, Wohnungen zu erschwinglichen Mietpreisen angeboten werden. Es wird daher Zeit, endlich loszulegen.

THOMAS VON GIZYCKI

Wie viel Plastikmüll gelangt jedes Jahr ins Meer?



Grüner Infostand zum Müllvermeiden anlässlich des Herbstfestes in Hohen Neuendorf

Die Antwort ist erschreckend: acht Millionen Tonnen, das entspricht etwa einer LKW-Ladung pro Minute. Das Meiste davon gelangt über den Landweg ins Meer. Dort sterben daran qualvoll Tiere, deren Lebensgrundlage vermüllt wird.

Auch bei uns in Hohen Neuendorf auf dem Herbstfest wird fröhlich Plastikmüll produziert. Die Verwendung von Mehrwegbechern ist ein erster Schritt, aber der Einsatz von Einweggeschirr ist weiterhin immens. Die-

ses wird noch nicht einmal recycelt, sondern zu Gewerbemüll gepresst. Auf Mehrweggeschirr umzusteigen sei teuer und der Aufwand hoch, hieß es auf unsere Nachfrage dazu. Eine kurzfristig gedachte Milchmädchenrechnung – die Kosten jetzt gering zu halten, bedeutet nichts anderes, als die Kosten auf nachfolgende Generationen abzuwälzen. Und dann werden nicht nur höhere Kosten entstehen, sondern auch unumkehrbare Umweltschäden. Die Praxis zeigt: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg, z. B. in Nürnberg gibt es bereits seit 1989 ein Einwegverbot bei Veranstaltungen auf städtischem Gelände.

Wir fordern auch für Hohen Neuendorf: Konsequente Müllvermeidung bei öffentlichen Veranstaltungen – damit wir alle auch im Sinne unseres Planeten zusammen feiern können.

JULIA SCHMIDT

Termine

Fraktionssitzungen:
(öffentlich) immer montags
um 19.30 Uhr vor der Stadt-
verordnetenversammlung.
Ort: Grüner Pavillon

Sprechstunden:
immer freitags um 17.00 Uhr
am Grünen Pavillon
(ausgenommen Feiertage)

Aktuelle Infos, Newsletter
und Pressemitteilungen:
gruene-hohen-neuendorf.de

Kontakt

Wir setzen uns gern für Ihre grünen Anliegen ein. Nehmen Sie Kontakt mit uns auf!

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Stadtverordnetenversammlung Hohen Neuendorf:

info@hohen-neuendorf.org
www.facebook.com/GrueneHohenNeuendorf
www.gruene-hohen-neuendorf.de

Dort finden Sie auch unsere Anträge und Anfragen sowie Berichte aus den Gremien.

Sie finden uns im Grünen Pavillon:
Fürstenaue Platz am S-Bahnhof
Borgsdorf (unregelmäßig besetzt)

Fraktion GRÜNE/PIRATEN im Kreistag Oberhavel:

gizycki@gruene-ohv.de
www.gruene-ohv.de/kreistagsfraktion/

DER GRÜNE BLICK HOHEN NEUENDORF



Kulturbahnhof soll ausgebremst werden

Der Entwurf des Bürgermeisters für die Investitionsplanung der Stadt Hohen Neuendorf für die kommenden Jahre lässt für den Umbau des Hohen Neuendorfer S-Bahnhofgebäudes zu einem Kultur- und Vereinszentrum wenig Gutes erkennen. Frühestens 2021 soll es demnach mit den Bauarbeiten weitergehen.

Vereine, ein kleines Café und die Stadtinformation könnten dann diese Räumlichkeiten in zentraler Lage erst danach nutzen. Als Begründung werden fehlende Finanzen genannt. Wir meinen: Eine Stadt, die sich einen neuen Sportplatz für über acht Millionen Euro leisten kann, sollte die Kultur- und Vereinsförderung nicht

ausbremsen. Den Kulturbahnhof wollen wir daher schon jetzt realisieren und fordern entsprechende Mittel im Haushaltsplan 2019.

Die aktuell drei großen Investitionsprojekte Rathaus, Sportplatz und Bahnunterführung Karl-Marx-Straße dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Haushaltslage der Stadt außerordentlich gut ist. Sie wird in den nächsten Jahren eher noch besser. Hohen Neuendorf wächst um etwa ein Prozent oder 250 Menschen pro Jahr. Die gute wirtschaftliche Entwicklung insgesamt führt außerdem zu weiter steigenden Einnahmen. Wir wollen Investitionen in Kita und Schule sowie nachhaltige Stadtentwicklung daher auf hohem Niveau fortsetzen.

In dieser Ausgabe

- Kulturbahnhof soll ausgebremst werden
- Kita: Elternbeiträge künftig je nach Einrichtung unterschiedlich?
- Junge Menschen in die Politik? Wir brauchen dich!
- Mit Freude Radfahren – Oranienburg als Vorbild
- Bebauung an der Friedrich-Naumann-Straße
- Bezahlbarer Wohnraum in Hohen Neuendorf – Nix passiert bisher!
- Wie viel Plastikmüll gelangt jedes Jahr ins Meer?

Kita: Elternbeiträge künftig je nach Einrichtung unterschiedlich?

Gute Nachrichten kommen jetzt vom Land: Das letzte Kitajahr ist beitragsfrei. Die anstehende Neuregelung der Kitafinanzierung in Hohen Neuendorf gibt jedoch Anlass zur Sorge. Nach mehreren Gerichtsurteilen ist klar, dass jeder Kitaträger in Hohen Neuendorf eine eigene Kostenkalkulation erstellen muss. Der Höchstbetrag, den Eltern für einen Kita-Platz zahlen, darf die kalkulierten Kosten (nach Abzug aller Zuschüsse von Land und Kreis und der Eigenbeteiligung) nicht übersteigen. Bisher galt in Hohen Neuendorf eine Mischkalkulation für alle Einrichtungen der freien Kitaträger. Die Kostenentwicklung der letzten Jahre ist nicht nur auf die allgemeine Preissteigerung, sondern auch auf die vom Land beschlossenen Verbesserungen beim Personalschlüssel zurückzuführen. Diese Qualitätsverbesserung wird vom Land nur zu etwa 85 Prozent finanziert. Den Rest zahlen die Stadt und die Eltern über die Beiträge. Bisher galt in Hohen Neuendorf für teure und weniger teure Kitas ein einheitlicher Elternbeitrag. Die Unter-

schiede wurden über den städtischen Haushalt bislang finanziell ausgeglichen. Obwohl alle mit dem gleichen, gesetzlich vorgeschriebenen, Personalschlüssel operieren, machen die Personalkosten den größten Teil der Unterschiede aus. Manche Träger zahlen den Tariflohn, andere lehnen sich daran nur an. Einige haben nur langjährig erfahrenes Personal, was teurer ist, andere weniger.

Die Stadtverwaltung plant nun, diese Unterschiede nicht mehr auszugleichen. Ab nächstem Jahr soll dann jede Kita, in gewissem Rahmen, selbst entscheiden, welche Elternbeiträge zu zahlen sind. Eine soziale Spaltung schon in der Kita ist also zu befürchten. Das lehnen wir daher ab. Wir wollen, dass sich die Kitas in Hohen Neuendorf nicht in der Qualität, sondern nur im pädagogischen Konzept unterscheiden.

THOMAS VON GIZYCKI
Fraktionsvorsitzender von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der
Stadtverordnetenversammlung
Hohen Neuendorf

Junge Menschen in die Politik? Wir brauchen Euch!

Im aktuellen Bundestag sind nur 2,3 Prozent der Abgeordneten unter 30. Zum Vergleich: Der Anteil der 60 bis 69-jährigen beträgt 15,4 Prozent. Und auch bei uns in Hohen Neuendorf sieht es nicht besser aus. Traurige Zahlen? Absolut, aber wir wollen das ändern. Die Interessen von jungen Menschen sind nun mal teilweise anders als die von älteren. Statussymbole haben sich verändert, wir sind mit digitalen Medien ganz anders aufgewachsen als die Generation unserer Eltern und Großeltern und das Vorurteil, wir interessieren uns nicht für Politik, stimmt nicht.

Aber nicht nur die Einstellung junger Menschen hat sich gewandelt, auch die Gesellschaft wandelt sich. Das Thema Digitalisierung ist omnipräsent, junge Menschen, die jetzt gerade zur Schule gehen, werden später in Jobs arbeiten, die wir uns noch nicht vorstellen können. Und Jobs, die jahrelang als sicher galten, werden überflüssig. Wie sollen wir auf die geänderten Anforderungen reagieren? Das sind alles Probleme, die auch ganz besonders uns junge Menschen betreffen. Daher braucht es junge Menschen in der Politik. Wir müssen laut sein, unsere Meinung äußern und uns organisieren.

Wir sind jung, idealistisch und wollen die Welt verändern. Genau das brauchen wir in der Politik. Also lasst uns zusammen die Welt verändern: Du bist jünger als 30 Jahre, möchtest diskutieren, coole Aktionen planen und Politik mitgestalten? Dann sei dabei bei der Gründung der Hohen Neuendorfer Grünen Jugend und melde dich unter: gruene-jugend@hohen-neuendorf.org. Wir freuen uns auf dich!

JULIA SCHMIDT



In Gründung: Die Grüne Jugend in Hohen Neuendorf sucht noch Mitsreiterinnen und Mitsreiter.

Mit Freude Radfahren – Oranienburg als Vorbild

Radfahren ist gesund, preiswert und schützt das Klima. Wenn die Bedingungen stimmen, macht es auch richtig Spaß! Leider ist die Radverkehrsinfrastruktur in Hohen Neuendorf noch sehr verbesserungswürdig. Im letzten Fahrradklimatest des ADFC (2016) erhielt Hohen Neuendorf eine glatte Vier und landet damit auf Platz fünf von fünf der gewerteten Kommunen in Brandenburg (hinter Hennigsdorf, Oranienburg, Liebenwalde und Birkenwerder).

Insbesondere der direkte Vergleich mit Oranienburg, wo gerade ein nagelneues Fahrradparkhaus am Bahnhof eröffnet wurde und in den letzten Jahren Radwege bei keiner Baumaßnahme vergessen wurden, fällt enttäuschend aus. Dabei wurde die Aussage „Bei uns ist die Ortsmitte gut mit dem Fahrrad zu erreichen“ mit der Note 2,4 noch am besten bewertet – wir haben also durchaus Potential.

Wir setzen uns daher weiterhin für den schnellstmöglichen Ausbau unseres Radwegenetzes, die Schaffung sicherer Abstellplätze an Bahnhöfen und die Förderung der Fahrradkultur ein und träumen von der Fahrradstadt Hohen Neuendorf!

TRISTAN HOFFMANN



Wir GRÜNEN meinen die Hälfte tut's auch und lehnen den Plan ab, das Grundstück komplett zu bebauen.

Bebauung an der Friedrich-Naumann-Straße: Planungskultur mit Defiziten

Seit drei Jahren wird über die Bebauung des bislang als Stadtpark vorgesehenen Areals diskutiert. Doch ständig legt die Verwaltung neue Zahlen vor, die eine immer höhere Verdichtung zum Ziel haben. Verbindliche Planzeichnungen gibt es nicht und die Begründung weicht von den Festsetzungen ab: 24 Wohnungen wollte der Landkreis zu Beginn der Planungen über seine Holding, die OHBV GmbH, bauen, vier zweigeschossige Gebäude in kleinteiliger Architektur. Dafür hätten wir Grüne unsere Zustimmung gegeben und schweren Herzens Teile der Grünfläche an der Friedrich-Naumann-Straße zur Bebauung frei gegeben.

Ein halbes Jahr später wollte der Landkreis zehn Einzelhäuser mit zusammen 40 Wohnungen und eine zusätzliche Erschließungsstraße bauen. Bezahlbarer Wohnraum ist mit dieser teuren Erschließung nicht zu schaffen, abgesehen von der unnötigen Flächenversiegelung.

Als der Entwurf dann das letzte Mal vom Fachausschuss beraten werden sollte, war die Gebäudezahl auf 12 gewachsen, ohne Obergrenze

der Wohnungszahl. Trotzdem war eine knappe Mehrheit dafür. Wir natürlich nicht.

Als der Beschluss über den Plan dann in der Mai-SVV gefasst werden sollte, ging es planungsrechtlich sogar um 18 Häuser. Mit je vier Wohnungen wären dann bis zu 72 Wohnungen möglich gewesen. Wir GRÜNE und die Fraktion der LINKEN kritisierten diese Pläne, woraufhin der Beschluss wieder in den Fachausschuss verwiesen wurde (was bei dessen Vorsitzenden Josef Andrlé (SPD) auf Unverständnis stieß).

Dort sprachen Verwaltung und OHBV GmbH dann mit einer Selbstverständlichkeit von 13 Häusern, als sei nie von etwas anderem die Rede gewesen!

Es kam aber noch dicker: 13 Häuser à 200 m² Grundfläche plus zulässige Überschreitung von maximal 50 Prozent für Nebenanlagen und Verkehrsflächen ergibt eine Versiegelung von über 37 Prozent der Fläche. Zusammen mit der neuen Erschließungsstraße reicht die im Plan vermerkte Zahl von 40 Prozent nicht. Die Verwaltung zog dann plötzlich eine neue Zahl aus dem Hut: zusammen mit den Nebenflächen „müsste die zulässige Bebauung wohl bei 50 Prozent liegen“, so Michael Oleck etwas betreten.

Das alles wirft ein sehr schlechtes Bild auf die Planungskultur. Der „Krimi“ geht weiter. Man darf gespannt sein, welche Zahlen zur nächsten SVV präsentiert werden. Bleibt es dabei, dann sagen wir Nein!

OLIVER JIRKA
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Vorsitzender des Ausschusses für
Bauen, Umwelt und Sicherheit